



Landesverteidigungsakademie
Wien

TÜRKEI – AUSSEN- UND INNENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Marius Calligaris

Ankara hat seine Syrien-Politik modifiziert, Priorität hat nun - angesichts des russischen Eingreifens - nicht mehr der baldige Sturz Assads, sondern die Erhaltung der territorialen Integrität des Landes und die Verhinderung eines geschlossenen Kurdengebietes in Nordsyrien. Die Türkei hat sich militärisch engagiert, um den IS und die Kurdenmiliz YPG zu bekämpfen. Das Verhältnis zum Irak hat sich angesichts der türkischen Militärpräsenz in der Nähe von Mosul verschlechtert, die Beziehungen zu Ägypten sind weiterhin gestört. Nach schweren Krisen ist im Verhältnis zu Russland und Israel Entspannung eingetreten. Mit den USA bestehen einige Meinungsdivergenzen. Den Putschversuch vom Juli 2016 benützt Erdogan, um gegen jegliche Regimegegner vorzugehen. Die Verletzung von Grundfreiheiten schreitet fort, daher sind die Beziehungen zur EU belastet. Nichtsdestoweniger sollte die Beitrittsperspektive aufrechterhalten werden.

Außenpolitik – überwundene und andauernde Konflikte

Modifikation der Syrien-Politik

Nach Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges hatte der Sturz Assads für Ankara oberste Priorität. In diesem Sinne tolerierte die Regierung das Einsickern jihadistischer Kämpfer und entsprechende Waffentransporte über eigenes Territorium (und könnte an letzteren auch beteiligt gewesen sein). Allerdings geriet die Türkei selbst ins Fadenkreuz des IS und es kam zu mehreren Anschlägen mit zahlreichen Todesopfern. Auch auf internationalen Druck hin modifizierte Ankara seine Haltung und begann aktiv gegen den IS in Syrien vorzugehen. Gemeinsam mit lokalen Verbündeten sind türkische Bodentruppen auf syrisches Gebiet vorgedrungen. Die Militäraktionen richten sich aber auch gegen die syrische Kurdenmiliz YPG (diese wird türkischerseits als mit der PKK verbündet angesehen). Neben dem Kampf gegen den IS verfolgt Ankara vornehmlich das Ziel, die Herausbildung eines geschlossenen kurdischen Landstreifens in Nordsyrien zu verhindern.

Man hat in Ankara erkannt, dass angesichts des militärischen Eingreifens Moskaus das Ziel des baldigen Sturzes Assads nicht realisierbar ist. Größtes Interesse der Türkei gilt nunmehr der Erhaltung der territorialen Integrität Syriens, was ein Einschwenken auf die russische Linie bedeutet. Durch ihr direktes Engagement in Syrien dokumentierte die Türkei den Anspruch, bei einer Lösung des Konflikts mitreden zu wollen. Ankara ist hierbei de facto bereit, eine Einbeziehung Assads in eine Übergangslösung hinzunehmen.

Irak – Verschlechterung der Beziehungen

Unter dem früheren Ministerpräsidenten Al Maliki waren die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Irak immer wieder gespannt, da jener Ankara vorwarf, sich in innere Angelegenheiten einzumischen und die Sunniten in ihren Meinungsdivergenzen mit dem schiitischen Regime zu unterstützen. Außerdem kritisierte Bagdad die Kooperation zwischen der Türkei und der kurdischen Regionalautonomie im Nordirak auf dem Energiesektor als illegal. Nach dem Wechsel des irakischen Ministerpräsidenten von Al Maliki zu Al Aba-

di besserte sich das Verhältnis. Allerdings forderte das Parlament in Bagdad auf Initiative Al Abadis 2015 die Räumung der türkischerseits unterhaltenen Militärbasis in Bashiqa in der Nähe von Mosul. Im Zusammenhang mit dem Versuch der Vertreibung des IS aus Mosul seitens einer internationalen Allianz wiederholte Al Abadi diese Forderung und sprach sich vehement gegen die – als „Invasion“ bezeichnete – Absicht Ankaras aus, an der Befreiung von Mosul mitzuwirken. Die Spannungen zwischen Ankara und Bagdad haben wieder stark zugenommen. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass sich das rasch wieder ändern kann.

Ägypten – noch keine Besserung des Verhältnisses

Die Entmachtung Mursis 2013, mit welchem die AKP-Führung sich ideologisch stark verbunden gefühlt hatte, sowie die blutige Niederschlagung von Demonstrationen seiner Anhänger wurden von türkischer Seite scharf verurteilt. Erdogan sprach von Staatsterrorismus. Ankara hatte sich auf Kollisionskurs begeben, kein anderer Staat hatte sich politisch so stark engagiert. Durch diese kompromisslose Haltung sanken die Beziehungen auf einen Tiefpunkt (u. a. durch Abzug der jeweiligen Botschafter). Eine Verbesserung des Verhältnisses wäre im beiderseitigen Interesse. Hinter verschlossenen Türen laufen derzeit – möglicherweise unter Vermittlung Moskaus – Gespräche über eine Streitschlichtung. Diese gestalten sich offenbar schwierig und mit einem baldigen Durchbruch ist nicht zu rechnen. Die jüngste Aufhebung des Todes- und in der Folge auch des Lebenslang-Urteiles gegen Mursi könnte den Prozess aber möglicherweise beschleunigen.

Israel – von der Eiszeit zur Aussöhnung

Nach sieben Jahren Eiszeit hat sich das Verhältnis zwischen der Türkei und Israel 2016 normalisiert. Nach dem von Ankara massiv kritisierten Gaza-Krieg 2008/2009, insbesondere aber nach der Erstürmung eines Hilfsschiffes für Gaza durch die israelische Armee im Mai 2010 mit neun türkischen Todesop-

fern, waren die Beziehungen auf den Gefrierpunkt gesunken. Die diplomatischen Kontakte wurden herabgestuft. Über US-Vermittlung kam es 2015 zu der von Ankara geforderten und von Israel lange abgelehnten Entschuldigung Netanyahus. Verhandlungen über die türkischerseits verlangten Entschädigungszahlungen an die Angehörigen der Opfer wurden aufgenommen. Ende Juni 2016 konnte eine Vereinbarung über die Normalisierung der Beziehungen und den Austausch von Botschaftern erreicht werden (deren Namen wurden Mitte November bekanntgegeben). Die Forderung Ankaras nach Beendigung der Blockade des Gazastreifens wurde fallengelassen, die Türkei sendet jedoch über israelisches Gebiet Hilfsgüter in diesen. Die Aussöhnung ist ein Beweis für den Pragmatismus Erdogans. Das türkische Interesse richtet sich auf die Beschaffung von in Israel verfügbaren Geheimdienstinformationen und auf den Transfer von Technologie auf dem Rüstungssektor (welcher seitens der USA und von EU-Staaten immer wieder verweigert wird).

Russland – Krise weitgehend überwunden

Das seit Jahren gute bilaterale Verhältnis zwischen Ankara und Moskau – unter Ausklammerung außenpolitischer Differenzen, wie z.B. betreffend Syrien – war Ende November 2015 durch den Abschuss eines in Syrien im Einsatz befindlichen russischen Kampfjets im türkischen Luftraum in eine schwere Krise geraten. Die von Moskau verhängten Sanktionen trafen den türkischen Tourismussektor und die landwirtschaftlichen Exporte hart. Auch anstehende Energieprojekte wurden suspendiert. Angesichts des schweren wirtschaftlichen Schadens bewies Erdogan Realismus und kam der Forderung Putins nach einer Entschuldigung de facto nach, indem er in einem Schreiben sein Bedauern zum Ausdruck brachte. Seither kam es bereits zu mehreren Treffen der beiden Präsidenten, die Sanktionen wurden schrittweise gelockert. Die früher engen bilateralen Beziehungen sind seither größtenteils wiederhergestellt. Die Wiederaufnahme der Energiekooperation in Form eines neubelebten Pipeline-Projektes von Russland

in die Türkei entspricht dem Interesse Ankaras, ein Energiehub zu werden. Auch der vereinbarte Bau eines Atomkraftwerkes mit russischer Hilfe soll wieder aufgenommen werden.

Meinungsdifferenzen mit den USA

Die Beziehungen zu den USA sind derzeit durch mehrere Faktoren belastet. Einerseits fordert Ankara die Auslieferung des in Pennsylvania lebenden Fetullah Gülen (s. u. der Putschversuch) – ein Ersuchen, dem die USA bisher nicht nachgekommen sind (nach dem Amtsantritt Trumps hofft man auf eine Änderung der US-Haltung). Andererseits bestehen Meinungsdivergenzen betreffend die Rolle der syrischen Kurdenmiliz YPG. Während Washington diese als wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen den IS ansieht, wird die YPG – wie im Kapitel Syrien ausgeführt – von Ankara bekämpft. Kritikpunkt der Türkei sind insbesondere die Lieferung von Waffen an diese, welche nach Angaben Ankaras letztlich in den Händen der PKK landen. Außerdem stößt das nach dem Putschversuch akzentuierte harte Vorgehen Erdogans gegen Opposition und Regimegegner sowie die systematische Einschränkung der Grundfreiheiten auf US-Seite immer wieder auf Kritik.

Innenpolitik – fortschreitende Polarisierung

Der Putschversuch vom Juli 2016 – Verschärfung des innerpolitischen Klimas

Herausragendstes Ereignis in der türkischen Politik des Jahres 2016 war ohne Zweifel der Putschversuch vom 15. Juli. Das Unternehmen scheiterte, da es den Putschisten nicht gelungen war, ausreichende Teile der Streitkräfte auf ihre Seite zu ziehen und rechtzeitig entscheidende politische und Sicherheitsinstitutionen zu besetzen. Außerdem stellten sich über Aufruf Erdogans – der den Umstürzern knapp entkommen konnte – zum Unterschied von früheren Putschen tausende Menschen den Putschisten entgegen. Angesichts der seinerzeitigen ausführlichen Berichterstattung und zahlreicher Kommentare soll auf Details hier nicht weiter eingegangen werden.

Erdogan beschuldigte den in den USA lebenden Prediger Fetullah Gülen und dessen Anhänger, hinter dem Putsch zu stehen. Der am 21. Juli verhängte, derzeit bis Jänner 2017 geltende Ausnahmezustand ermöglicht es ihm, per – vor dem Verfassungsgerichtshof nicht anfechtbaren – Dekreten ohne Befassung des Parlamentes zu regieren. Die Europäische Menschenrechtskonvention wurde teilweise außer Kraft gesetzt. Es begann eine beispiellose Säuberungs- und Verhaftungswelle unter tatsächlichen oder vermeintlichen Gülen-Anhängern. Etwa 110.000 Personen aus der Verwaltung (insbesondere dem Bildungsbereich), der Justiz, der Polizei und den Streitkräften wurden entlassen oder suspendiert. Zirka 40.000 Personen befinden sich in Haft. Es ist fraglich, wie die entsprechenden Institutionen diesen Aderlass verkraften können. Bereits vor dem Putschversuch wurde der Terrorbegriff um den „unbewaffneten“ Terror erweitert. Darunter fallen z. B. kritische Zeitungsartikel oder Erklärungen. Diesen Missbrauch des Terrorbegriffs benützt Erdogan, um sämtliche Regimegegner und jegliche Opposition kaltzustellen. 170 Medien (Zeitungen, Radio- und TV-Stationen, Nachrichtenagenturen) wurden auf Basis einer Notstandsverordnung geschlossen, welche es der Staatsführung ermöglicht, diese Maßnahmen wegen „Gefährdung der Sicherheit“ zu verfügen. 80 Journalisten befinden sich in Haft. Herausgegriffen sei hier die Verhaftung des Herausgebers, des Chefredakteurs und weiterer Journalisten des einzig ernstzunehmenden, noch verbliebenen Oppositionsblattes Cumhuriyet. 370 NGOs sind mit einem Tätigkeitsverbot belegt, größtenteils da sie eines Naheverhältnisses zur Gülen-Bewegung oder zur PKK verdächtigt werden. Insgesamt wird der Ausnahmezustand zu einer weiteren Polarisierung im Lande und einer de facto Aussetzung des Rechtssystems führen.

Kurdenkonflikt – deutliche Verschärfung

Der nach einer Phase der Hoffnung auf eine Lösung 2015 wieder aufgeflamte Kurdenkonflikt hat in letzter Zeit eine deutliche Verschärfung erfahren und im Südosten Dimen-

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungs-
akademie Wien
Institut für Friedens-
sicherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungs- akademie

November 2016

Druck:

HDruckZ-ASt Stift
xxxx/16



www.facebook.com/lvak.ifk

sionen eines Bürgerkrieges angenommen. Es gibt fast täglich Anschläge und Bombenattentate der PKK mit Opfern unter den Sicherheitskräften, aber auch der Zivilbevölkerung. Auf der anderen Seite hat Erdogan, der 2013 zur Ansicht gelangt war, dass der Kurdenkonflikt militärisch nicht zu lösen sei, seine Meinung völlig geändert und setzt nun ganz auf die militärische Karte, um die als „Mörderbande“ bezeichnete PKK endgültig zu zerschlagen. Die Armee geht mit äußerster Härte vor. Die Regierung hat nicht nur die Unterstützung der Armee, sondern auch der rechtsnationalen MHP. Ganze Städte wurden größtenteils in Häuserkämpfen in Schutt und Asche gelegt, Zehntausende befinden sich auf der Flucht.

Anfang November 2016 wurden die Kovorsitzenden der Kurdenpartei HDP sowie weitere führende Politiker wegen „Verbindungen zur PKK“ und „Verbreitung terroristischer Propaganda“ verhaftet (bereits im Mai war insgesamt 138 Parlamentsabgeordneten, vor allem der HDP, aber auch der anderen Oppositionsparteien, die Immunität entzogen worden). Die Verhaftungen werden wohl zu einer weiteren Eskalation und einer neuerlichen Zunahme der Gewalt führen, der Friedensprozess liegt auf Eis.

Geplante Verfassungsänderung – Einführung eines Präsidialsystems

Erdogan strebt seit längerer Zeit die Einführung eines Präsidialsystems an. Da ihm die erforderliche parlamentarische Mehrheit fehlt, hat er sich der Zustimmung der MHP versichert, um zumindest die Abhaltung eines Referendums über den Entwurf einer Verfassungsänderung zu erreichen. Diese würde außergewöhnlich viel Macht für den Präsidenten bringen. Die Sache drängt aber nicht, da Erdogan infolge des Ausnahmezustandes bereits jetzt volle Handlungsfreiheit hat. Einige Experten meinen, dass die ebenfalls in Diskussion stehenden allfälligen Neuwahlen (zwecks Erreichung der für die Verfassungsänderung ohne Referendum notwendigen 2/3 Mehrheit) derzeit nicht zu erwarten sind.

Erkenntnisse und Ableitungen

- Nach einer Periode erfolgreicher Nachbarschaftspolitik war die Türkei in letzter Zeit in eine gewisse Isolation geraten. Das deklarierte Bestreben, die Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu verbessern, war bisher nur teilweise (Russland, Israel) erfolgreich.
- Angesichts der Erfahrungen der letzten 30 Jahre ist es äußerst fraglich, ob der Kurdenkonflikt militärisch zu lösen ist. Es steht zu befürchten, dass sich mehr und mehr Kurden, vor allem unter der zunehmend gewaltbereiten Jugend, radikalisieren und die Gewaltaktionen verstärkt in die Großstädte tragen.
- Der Putschversuch hat die Türkei in ihren Grundfesten erschüttert und zu einer Art Trauma geführt, was möglicherweise seitens der EU-Staaten nicht in vollem Maße erkannt wurde. Andererseits ist die Tatsache, dass Erdogan dies zu überhartem Vorgehen gegen sämtliche Regimegegner benützt, mit den EU-Vorstellungen von Demokratie und Grundfreiheiten nicht vereinbar. Es ist nicht zu bestreiten, dass die Türkei in Form des IS und der PKK ein Terrorproblem hat. Allerdings entspricht der Versuch Erdogans, unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung, jegliche Opposition auszuschalten, keinesfalls den EU-Standards.
- Durch diesen Kurs, wie insbesondere die Verhaftung der HDP-Politiker und Cumhuriyet-Journalisten und die Ankündigung der möglichen Wiedereinführung der Todesstrafe (just kurz vor Erscheinen des jüngsten Fortschrittsberichtes), sowie die scharfen und teils beleidigenden türkischen Verbalattacken gegen jegliche Kritik aus der EU, sind die Beziehungen zwischen der Union und Ankara in die vermutlich bisher größte Krise geraten. Nichtsdestoweniger sollte die EU weiter versuchen, Erdogan zu einer Änderung oder zumindest spürbaren Mäßigung seiner Politik zu bringen. Vor allem aber sollten nicht die Brücken zu liberalen Kräften, die nun in Bedrängnis sind, abgerissen werden. Die Fortsetzung des Beitrittsprozesses ist trotz aller Rückschläge im beiderseitigen Interesse.

Hinweis: Der vorliegende Beitrag gibt ausschließlich die Meinung des Autors wieder.

IFK Monitor
November 2016



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
BMLVS/Heeresdruckzentrum, UW-Nr. 943